

Antrag "Trendwende für die Innenstädte und Ortszentren in Schleswig-Holstein einleiten - Zukunftsräume und kommunale Identitätsanker schaffen!"

Das Deutsche Institut für Stadtbaukunst unterstützt den Antrag vollumfänglich.

Zentral ist die unter 1. genannte Nutzungsmischung. Reine Einkaufszonen, die nach Ladenschluss zu Unorten verkommen, sind einer lebendigen Stadt eigentlich gar nicht angemessen. Hier bieten die bestehenden Probleme des Handels in den Innenstädten auch eine Chance, die Balance zwischen Handel, Arbeiten, Wohnen, Erholen, Bildung und Kultur, die grundlegend städtischen Leben ausmacht, wieder besser auszutariieren und Aktivitäten in den Innenstädten zu vervielfältigen. Als Hauptaufgaben erscheinen dabei:

- mehr und sozial vielfältigeres Wohnen in den Innenstädten zu ermöglichen,
- mehr Arbeiten (Dienstleistungen, aber auch Produktion) in den Innenstädten zu ermöglichen,
- Mobilitätskonzepte hinsichtlich dieser vielfältigeren Tätigkeiten zu diversifizieren (Fußgänger, ÖPNV, Rad, Auto).

Von zentraler Bedeutung ist auch die Qualität des öffentlichen Raums und der ihn bildenden Architektur. Innenstädte sind gerade dann langfristig attraktiv, wenn sie schön sind, d.h. ihre Plätze, Straßen und Parks sowie ihre Häuser eine ansprechende Qualität mit einem eigenen Ortscharakter haben. Sie sind soziale Treffpunkte, Reiseziele und Imagerträger auch dann, wenn wenig bis kein Handel dort stattfindet. Die Raumfassung, Bodengestaltung und insbesondere die Fassadengestaltung auch oberhalb der Ladenzone ist dabei entscheidend. Als Hauptaufgabe erscheint hier, abgestimmte Gestaltungskonzepte hinsichtlich Material, Farbe, Detailformen etc. mit dem Ziel einer ortstypischen nachhaltigen Atmosphäre zu erarbeiten und umzusetzen.

Um mehr Nutzungsvielfalt und bessere Gestaltqualität in den Innenstädten zu erreichen, sind unserer Ansicht nach weiterhin folgende Maßnahmen erforderlich:

- Änderung der Zonierung vom Kerngebiet zum Urbanen Gebiet; Reform der BauNVO in Richtung weniger Zonierung und mehr Mischung und Dichte, Erweiterung der Kategorie Urbanes Gebiets sowie Änderung der TA Lärm - und entsprechender Druck der Kommunen auf den Gesetzgeber.
- Restriktives Vorgehen bei der Ausweisung und Nutzung von Gewerbegebieten: Handel und Produktion gehören zuerst in die Stadt - vor der Stadt ist ökologisch, verkehrstechnisch, sozial etc. nur eine Notlösung.
- Bauen in der Stadt ist immer zugleich eine private UND eine öffentliche Aufgabe: Jeder private Bauherr gestaltet mit seiner Fassade den öffentlichen Raum. Architekturen in Innenstädten sollte deshalb grundsätzlich von Gestaltungsbeiräten und der Denkmalpflege begleitet werden.

Wir danken sehr herzlich für Ihre Anfrage, Ihr Interesse und wünschen Ihrer wichtigen Initiative größtmöglichen Erfolg.